

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1875

13.01.1875 - Sitzung Nr.1

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 13. Januar 1875.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Henze, C. A.	Reck, Fr.
Hütterott, L. G. B.	Schulz, Amtmann.
Lonke, D. H.	Volckmann, D. G.
Mosle, A. G.	

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Numund, L.	Bernhard, G. H.
Barckhausen, Richt. Dr. F. W. F.	Bremermann, Fr.
Bavendamm, H.	Büffenschütt, F. W.

Frahm, W.
Geyer, C. F.
de Harde, Dr.
Hartlaub, C., Dr.
Hilder, Hild.
Hilder, F. D.
Lamde, H. W.
Looße, Heinr.
Morgen, Wilh.

Müller, Eduard.
Müller, Heinr.
Nolze, L. C.
Osmers, Hin.
Plump, H. C. G.
Thomas, Joh.
Tietjen, H. G.
v. Vangerow, L.
Wichlein, F. D.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Erneuerung des Geschäftsvorstandes	6	Mittheilung des Senats vom 19. October 1874:	
II. Mittheilung des Senats v. 23. Decemb. 1874, sub 1 u. 3: Anlage einer Straße auf der Reeperbahn	6	Neue Bahnhofsanlagen.	
III. Mittheilung des Senats vom 8. Januar 1874, sub 2: Nachbewilligung für die Gassenreinigung	8	Mittheilung des Senats v. 23. December 1874, sub 2: Begleitberichte zum Budget, und	
IV. Mittheilung des Senats vom 6. November 1874: Budget für 1875	9	Mittheilung des Senats vom 29. December 1874: Budget für das Jahr 1875.	
Mittheilung des Senats vom 7. November 1874: Begleitberichte zum Budget von der Baudeputation, Abtheilungen für Hoch-, Straßen- und Wegbau, von der Häfen- und Eisenbahndeputation, Hafens- bau und Eisenbahnanlagen betreffend, und von der Deputation für die Gas- und Wasserwerke.			(N. 3. Verh. gef.)
Mittheilung des Senats vom 9. November 1874 sub 3: Bericht der Gefängnißdeputation, die Strafanstalt u. das Detentionshaus betreffend, und der Schul- deputation, den Bau einer Volksschule an der Lessingstraße betreffend.		V. Mittheilung des Senats vom 28. December 1874: Anstellung eines Cauzlisten an der Untergerichtscanzlei.	
Mittheilung des Senats vom 9. October 1874 sub 3 u. 4: Neue Anlagen zu Bremerhaven, Straßenanlagen am Sicherheitshafen.			(N. 3. Verh. gef.)
		VI. Mittheilung des Senats vom 21. Octobr. 1874, sub 3: Statistisches Bureau.	
		VII. Mittheilung des Senats vom 30. December 1874: Armeninstitut	8
		Unterhaltung der öffentlichen Gebäude. (N. 3. Verh. gef.)	
		Anlage des neuen Torfbassins	9
		VIII. Mittheilung des Senats vom 8. Jan. 1875, sub 1 u. 3: Abänderung der Verfassung und der auf dieselbe sich beziehenden Gesetze in Folge der Reichsgesetze. Nachlaß von Anna Marie Margarethe Dreier.	
			(N. 3. Verh. gef.)

Eröffnung der Sitzung gegen 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Herr Dr. Meinerzhagen präsidirte.

Herr Präsident: „Meine Herren, indem ich die erste Versammlung der Bürgerschaft in diesem Jahre für eröffnet erkläre, spreche ich den herzlichsten Wunsch aus, daß Ihre Thätigkeit für unseren theuren Freistaat auch in diesem Jahre eine erspriessliche sein möge, ein Wunsch, dessen Erfüllung wir nur hoffen dürfen, wenn jedes Mitglied der Bürgerschaft den bestimmten Willen hat: An mir soll es nicht liegen. Diesen Entschluß lassen Sie uns fassen und festhalten!“ (Bravo!)

Das Protocoll der letzten Versammlung wurde genehmigt.

Herr Präsident zeigte an, daß ihm nach Feststellung der Tagesordnung noch eine Mittheilung des Senats vom 11. Januar zugegangen sei, betreffend 1. Anstellung eines dritten Regierungssecretairs. 2. Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses.

Es wurde nunmehr zum ersten Gegenstand der Tagesordnung

Erneuerung des Geschäftsvorstandes

übergegangen und zwar nach Verlesung der einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung, zunächst zur

Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft.

Es wurden vorgeschlagen und erhielten in der von Herrn Vicepräsidenten Noltenius geleiteten Wahlhandlung an Stimmen

Nr. 1	Herr Dr. Meinerzhagen	Stimmen	88
Nr. 2	„ Dr. Adami	„	12
Nr. 3	„ Rosenbergs	„	1

Herr Vicepräsident Noltenius proklamirte demnach Herrn Dr. Meinerzhagen als zum Präsidenten der Bürgerschaft für 1875 erwählt. (Bravo!)

Herr Dr. Meinerzhagen übernahm wiederum das Präsidium mit folgenden Worten: „Ich danke sehr für die ehrenvolle Wahl und nehme dieselbe an.“

Wahl der Vicepräsidenten.

Für die Wahl wurden vorgeschlagen die Herren C. H. Noltenius, Dr. Adami, H. Claussen, Richter Carstens, H. M. Hauschild und Dr. Delrichs.

Herr Noltenius: Er sei der Bürgerschaft sehr dankbar dafür daß sie ihn 3 Mal mit der Wahl beehrt habe und müsse nun um so mehr bedauern, daß er jetzt nicht in der Lage sei, eine Wiederwahl anzunehmen. Er bitte seinen Namen von der Vorschlagsliste zu streichen.

Herr Richter Carstens: Auch er bitte seinen Namen zu streichen. Er würde nicht in der Lage sein, die Wahl anzunehmen, da ihm seine amtlichen Geschäfte dies zur Zeit nicht erlauben.

Das Ergebniß der Wahl war folgendes:

Nr. 1	Herr Dr. Adami	Stimmen	78
Nr. 2	„ Claussen	„	60
Nr. 3	„ Hauschild	„	45
Nr. 4	„ Delrichs	„	37

Demnach waren gewählt die Herren H. Claussen und Dr. Adami.

Diese Herren übernahmen ihre Aemter und bemerkte

Herr Claussen: „Ich danke sehr für das Vertrauen, mit welchem Sie mich beehren, und werde mich bemühen, mich dessen würdig zu machen.“

Es folgte die

Wahl der Schriftführer.

Es wurden vorgeschlagen und erhielten an Stimmen

Nr. 1	Herr Richter Mohr	Stimmen	95
Nr. 2	„ Dr. Delrichs	„	97
Nr. 3	„ Dr. J. Wilckens	„	78
Nr. 4	„ Syndicus Meier	„	68
Nr. 5	„ Dr. Bulle	„	27
Nr. 6	„ Dr. H. H. Meier	„	37
Nr. 7	„ Staatsanw. Wilcke	„	11
Nr. 8	„ Dr. M. H. Wilckens	„	15

Demnach waren gewählt die Herren Richter Mohr, Dr. Delrichs, Dr. J. Wilckens und Syndicus Meier.

Nr. II der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 23. Dec. 1874,

1. Anlage einer Straße auf der Kreeperbahn.

Herr Steinhäuser empfahl das getroffene Abkommen zur Annahme. Dasselbe habe den Vorzug, daß der Staat von einer großen Straßenanlage, die in einiger Zeit doch erfolgen müsse, befreit werde, nämlich: die Verbindung der Tannenstraße in gerader Linie mit dem möglicher Weise in jener Gegend anzulegenden Hafen. Die Verwaltungsdeputation, die Eisenbahndeputation und die Baudeputation seien in Bezug auf den Gegenstand einverstanden.

Herr Präsident: Die juristische Commission habe einen Antrag eingereicht, welcher eine in dem Bericht enthaltene Undeutlichkeit zu beseitigen beabsichtige, also zur Competenz der Commission gehören dürfte. Derselbe laute:

Den Antrag der Baudeputation genehmigt die Bürgerschaft, jedoch mit der Voraussetzung, daß der vordere Theil des Sprüngenhaus-Areales nach Maßgabe einer Verlängerung der neu zu bildenden Straßenlinie unter angemessener Abrundung der Ecke am Korffsdeich zur Straße zu ziehen ist.

Herr C. H. Noltenius: Gegen die Anlage selbst werde wohl schwerlich etwas einzuwenden sein. Dieselbe sei für den Melkerplatz von hohem Werth. Außerdem werde dadurch das, was der Staat der Kirche gegenüber übernommen habe, der Verbindungsweg mit dem Armendeich, hergestellt werden. Nach dem vorliegenden Plane würde man auf das Gebiet der Kirche am anderen Ende hinaufkommen.

Wollte man so verfahren, so würde eine Expropriation nöthig sein. Es haben nun zwischen der Kirche und den Bauern, welchen die betreffende Strecke gehören, zugleich mit Commissaren des Senats wegen Regulirung der Grenze zwischen dem Melkerplatz und dem Kirchenareal, welche bis dahin noch nicht feststand, Verhandlungen stattgefunden. Es sei bis so weit Alles in Ordnung und fehlen nur noch die Verträge. Er stelle folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft genehmigt nach dem vorliegenden Plan das mit Lüininghausen & Grote getroffene Abkommen wegen Fortsetzung der Tannenstraße in nordwestlicher Richtung bis an den Armendeich, und erläßt auch ihrerseits die Staatsabgabe für die zu erwirkende Fassung; sie genehmigt desgl. für den projectirten Ausgang am unteren Ende der verlängerten Tannenstraße bis zum Gröplinger Deich vorläufig eine Breite von 21' und überläßt der Deputation für die Verwaltung öffentlicher Grundstücke, die Achse dieser Ausgangsstraße am südwestlichen Ende, behufs Erlangung besseren Anschlusses an den Armendeich zu verschieben.

Herr Dr. Adam i. In dem Antrag der Baudeputation sei eine Unklarheit, welche die juristische Commission veranlaßt habe, ein Amendement zu stellen. Born an der Spitze des Korffdeichs sei ein Theil des Spritzenhauses auf dem Plane blau schraffirt. Es heiße in dem Bericht der Baudeputation: „Die Unternehmer erhalten dadurch die blau schraffirten Parcelen im Betrage von u. s. w.“ Wenn man nach dem Wortlaut des Berichtes gehe, so würde die Spitze des Spritzenhauses, welche jetzt in die Straße am Korffsdeich einspringe, auch den Unternehmern zu überlassen sein. Die Commission glaube kaum, daß dies die Absicht der Deputation gewesen sei, indem dadurch eine unschöne Spitze entstehe. Die Sache selbst unterliege nicht der Competenz der Commission, allein da es sich darum handele, Zweifel zu beseitigen, habe sie geglaubt, diesen Punkt durch einen Antrag aufklären zu müssen. Nach den früheren Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft wurde die Expropriation des Grundstücks von Gätjen nur in soweit ausgesprochen, als es zur Anlage einer Straße nach dem Melkerplatz erforderlich sei. Wenn nun auf der Karte, welche dem Berichte beiliege, das ganze Grundstück jetzt als Eigenthum des Staats bezeichnet werde, so müsse die Commission bevorworten, daß sie nur unter der Voraussetzung, daß diese Karte richtig, kein Bedenken äußern könne, da nach den alten, im Archiv befindlichen Karten früher nur ein Theil des Gätjen'schen Grundstücks expropriirt wurde. Vielleicht würden die Mitglieder der Baudeputation eine beruhigende Erklärung in dieser Beziehung abgeben können.

Herr Dr. d e m a n n: Gegen den Antrag der Deputation werde man wenig einwenden können. Es sei erfreulich, daß in dieser Weise für die Verbesserung der Communication gesorgt werde. Wenn nun von Verlängerung der Tannenstraße die Rede sei, so müsse er darauf aufmerksam machen, daß am Ausgang dieser Straße bei der Keeserbahn auf beiden Seiten das Trottoir fehle, der Verkehr also dort gehindert sei. Die Straßenbaudeputation dürste hierauf ihre Aufmerksamkeit zu richten haben.

Herr J. D. H e l m k e n: Er empfehle den Antrag der Baudeputation mit dem Amendement des Herrn Noltenius. Die Verhandlungen wegen Herstellung eines besseren Zugangs zum Gröplingerdeich seien im Gange und würden wahrscheinlich zu einem befriedigenden Abschluß führen. Er glaube daher, daß die projectirte Verbindung der Tannenstraße mit dem Gröplingerdeich nicht auf eine Breite von 21 Fuß, sondern gleich auf eine Breite von 48 Fuß gebracht werde, abgesehen von einem davor liegenden Erbe, in Betreff dessen man abwarten müsse. Dann würde die Hanfastraße in ununterbrochener Linie bis nach dem Armendeich geführt werden. Mit dem Armendeich werde in nächster Zeit eine Begradigung vorgenommen, derselbe mit dem Sandberg, dem Weeserbahnhof und dem dahinter liegenden Stadttheil verbunden werden, was für den Verkehr von bedeutendem Nutzen sei. Die Bemerkung der juristischen Commission halte er für völlig überflüssig. Auf dem aushängenden Plane sei die Baulinie mit einem kräftigen rothen Strich gezeichnet, und die Abrundung an der Ecke des Korffsdeich sei auch angegeben. Er vermüthe, daß die Herren von der juristischen Commission den Plan bei Licht befehen hätten. Nun sei das Stück, welches sich nach der Keeserbahn hinziehe, grün schraffirt, das andere blau, und bekanntlich sei grün und blau bei Licht schwer zu unterscheiden. Wenn man den Plan ansehe, so werde man sagen, daß in fraglicher Beziehung Vorsorge getroffen sei. Die rothe Linie bezeichne die Baulinie, das, was nach der Straßenseite hin falle, sei Straßengrund, das andere Privateigenthum. Das Amendement der juristischen Commission sei also nicht nöthig. Die Bemerkungen des Herrn Ordemann hören sich ganz nett an, es werde jedoch nur Wandel zu schaffen sein, wenn der Staat bedeutend in den Beutel greife. Nicht allein an der linken Seite von der Stadt aus fehle das Trottoir, sondern auch an der gegenüberliegenden Ecke, an dem Erbe von Behrens und einigen anderen. Schon vor 10 Jahren, als die Tannenstraße gepflastert wurde, seien Verhandlungen mit den Anwohnern geführt, allein ohne Erfolg. Es müsse dies der Zukunft überlassen bleiben. Große Eile habe die Sache auch nicht. Es werde noch mehrere Jahre dauern, ehe diese neue Straße ganz bebaut sei, und bis dahin und bis auf dem Melkerplatz große Anlagen entstehen, werde sie eine ruhige Straße bleiben, welche einer Verbreiterung in dem alten Theile nicht bedürfe. Er wolle nur noch darauf aufmerksam machen, was durch die Anlage der Straße auf der Keeserbahn gewonnen werde. Laut Vertrag habe der Unternehmer die Straße in einer Breite von 40 Fuß anzulegen. Falls nun die Kirchenweide zu Hafenanlagen eingerichtet oder für Eisenbahnzwecke benützt werde, so werde eine Breite von 40 Fuß nicht genügen, wenn die Anlagen mit dem Weeserbahnhof durch Schienen verbunden werden sollen. Dann werde nichts anderes übrig bleiben, als die eine Seite der alten Tannenstraße anzukaufen, die neuen Häuser abzubrechen und die Straße zu verbreitern. Das Trottoir werde alsdann von selbst kommen. Dies sei jedoch noch Zukunftsmusik. Für den Augenblick sei die Breite der Straße genügend. Er empfehle den Antrag der Deputation mit dem Amendement des Herrn Noltenius und gebe anheim,

ob die Bürgerschaft den Antrag der juristischen Commission annehmen wolle. Er schade nicht, nütze aber auch nichts.

Herr Dr. Adami: Der Referent und der Correferent der juristischen Commission hätten nicht verfehlt, die Farben auf dem Plan zu prüfen, und seien der Ansicht, daß es nicht schaden könne, wenn auf diesen Punkt aufmerksam gemacht werde. Der Antrag könne jedoch dahin abgeändert werden, daß es in demselben anstatt „unter der Modification“ heiße: Unter der Voraussetzung.

Bei der darauf erfolgenden Abstimmung wurde der Antrag des Herrn Koltenius, sowie der nach Vorschlag des Herrn Dr. Adami abgeänderte Antrag der juristischen Commission angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats v. 8. Januar 1875 sub 2:

Nachbewilligung für die Gassenreinigung.

Herr Schaffert ersuchte, die erbetene Nachbewilligung von 890 *Mz* auszusprechen und die Genehmigung zu ertheilen wegen Uebertragung einzelner Positionen. Die Sache sei ja an sich so unbedeutend, daß der Senat eine Aeußerung der Finanzdeputation über diese Nachbewilligung nicht für nöthig halte. Redner möchte noch hinzufügen, daß sich die Ueberschreitung noch um 450 *Mz* verringern werde, denn dadurch, daß die Reinigung der Straßen in Accord gegeben, falle die Miethe für das Lokal für 1875 weg.

Redner stellte einen dem Antrage der Deputation conformen Antrag.

Herr Woltjen: Er möchte, indem er die Nachbewilligung empfehle, daran die Bemerkung knüpfen, daß die Straßenreinigung in den letzten acht Tagen derart gewesen sei, daß man wohl Klage darüber führen dürfe.

Herr J. C. Ase ndorpf: Bremen hatte früher gewissermaßen auswärtig einen guten Ruf wegen der Reinlichkeit seiner Straßen. Damals ging es hier nach dem Sprichwort: Jeder fege vor seiner Thür. Das sei jetzt aber vorbei, jeder dürfe jetzt nicht mehr vor seiner Thür fegen, sondern das Fegen werde jetzt von Angestellten des Staats besorgt. Er wolle keine Schilderung darüber machen, wie jetzt die Straßen gereinigt werden. Wenn früher einmal so schlecht gefegt worden war, so wurde der betreffende Anwohner von der Polizei freundschaftlich gemahnt und mußte einen halben Thaler Strafe bezahlen. Nebenbei mußte das Dienstmädchen nachholen, was es am Abend vorher versäumt hatte. Die vom Staat angestellten Straßenfeger seien am andern Morgen wie Spreu vor dem Winde verschwunden, man könne sie nicht zur Verantwortung ziehen. Er möchte, wenn der Staat die Straßenreinigung übernehme, wozu die Generalcasse erheblich beisteuere, daß dann auch gehörig gefegt werde. Er wolle nicht verkennen, daß es schwierig sei, stets die Controle zu führen. Das sehe man auch ja daran, daß die Deputation den Vorschlag jahrelang berathen und nicht dazu kommen könne, auch die Trottoirreinigung zu übernehmen. Er habe

nun bemerkt, daß die wohlwöbliche Polizei scharf darauf achte, daß die Trottoirs gut gereinigt würden; Säumige werden sofort in Strafe genommen. Er möchte nun aber wünschen, daß sie ebenso scharf auf die gehörige Reinigung derjenigen Plätze achte, welche sie zu beaufsichtigen habe. Das geschehe jedoch nicht, und er möchte nur auf den Zustand des Ausgarthkirchhofs in voriger Woche hinweisen. Als der Schnee weg war, da wurde Grand gestreut. Man fühle es noch jetzt unter den Sohlen. Von Reinlichkeit war keine Spur. Er möchte die Deputation ersuchen, in Zukunft für eine bessere Reinigung zu sorgen.

Auf Antrag des Herrn Richter Carstens wurde Schluß der Debatte beliebt und der Antrag der Deputation angenommen.

Herr Dr. Adami beantragte, den Gegenstand unter Nr. VII der Tagesordnung: Prolongation des Armeninstituts, jetzt in Berathung zu nehmen.

Herr Lahmann beantragte, auch den Bericht der Baudeputation wegen Anlage des neuen Torfbassins vorweg zur Verhandlung zu stellen.

Beide Anträge wurden angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 30. December 1874.

1. Armeninstitut.

Herr C. Papendieck: Gegen die Prolongation habe er nichts einzuwenden und möchte nur, daß die Bürgerschaft bei dieser Gelegenheit dem Senat ihr Bedauern ausspreche, daß verschiedene gesetzgeberische Arbeiten, wie die Reorganisation des Armeninstituts, die Reform der Waisenhäuser, nicht aus der Stelle kämen. In Betreff des Armeninstituts habe sich die Bürgerschaft mit dem Senat über verschiedene Grundzüge geeinigt, es sei dann eine neue Deputation gewählt worden, weil man geglaubt habe, es läge vielleicht an der alten resp. neuen Deputation, daß die Sache nicht von der Stelle käme. Es sei nun wieder ein Jahr vergangen und dieselbe ruhe geduldig im Pult eines Senators. Er beantrage, daß die Bürgerschaft ihr Bedauern darüber ausspreche, daß die Reorganisation des Armeninstituts und der Waisenhäuser nicht rascher gefördert werde.

Herr Dr. Adami beantragte:

Bei Genehmigung der Prolongation den Diaconen den üblichen Dank für ihre Mithewaltung auszusprechen.

Herr Johannes Frize als Mitglied der Finanzdeputation: Er könne dem Bericht nur wenig hinzufügen. Derselbe sei schon seit länger als zwei Monaten in den Händen der Bürgerschaft. Nachdem jetzt der Senat seine Erklärung abgegeben und auch die Budgetcommission ihren Bericht er-

Herr H. M. Hauschild: Er begrüße den Antrag des Herrn Papendieck. Derselbe berühre einen Uebelstand, der zu bekämpfen sei. Bei einigen Deputationen seien die Zwischenräume zwischen den Versammlungen so lang, daß man sich manchmal nicht mehr erinnere, was in der vorhergehenden Deputations-Sitzung berathen sei. Die Mitglieder kommen ganz unorientirt wieder in die Versammlung, sie müssen von vorne wieder anfangen und sich in die ganze Sache aufs Neue hineindenken. Er glaube, daß dies langsame Arbeiten in den Deputationen mit daran Schuld sei, daß auch die Berathungen der Bürgerschaft nicht allenthalben Anerkennung finden.

Herr Bultaupt: Was die Deputation wegen des Armenwesens betreffe, so habe dieselbe nach ihrer Niedersetzung im Juni 1873 zwei Sitzungen gehalten, im December desselben Jahres sei darauf eine Subdeputation ernannt, wozu, wenn er nicht irre, Herr Dr. Friedrich Meyer gehöre. Seit der Zeit sei die Deputation nicht zusammen berufen. (Hört! Hört!)

Herr Dr. Fr. Meyer: Zu seinem Bedauern gehöre er nicht zu der Subdeputation. Wie er gehört, sei diese mit den einzelnen Arbeiten beschäftigt, er könne jedoch keine nähere Auskunft über den Stand der Angelegenheit geben.

Herr Dr. Delrichs: Er begrüße den Antrag des Herrn Papendieck durchaus und stimme demselben bei, müsse aber doch bemerken, daß Herr Papendieck selbst Mitglied der Subdeputation sei und daß es an ihm gewesen wäre, den Vorsitz der Deputation aufzufordern, eine Versammlung zusammenzuberufen.

Herr H. Clausen: Er sei Mitglied der Subdeputation. Dieselbe sei verschiedene Male zusammen gewesen und habe die Sache durchberathen. Der vorsitzende Senator habe es alsdann übernommen, das Resultat der Verhandlungen zusammenzustellen, was allerdings der schwierigste Theil der ganzen Sache sei. Seitdem habe er verschiedene Male mit dem betreffenden Herrn gesprochen, und derselbe habe ihm erklärt, daß er sich sehr eingehend mit dem Gegenstand beschäftigt habe, daß ihm aber in der Zwischenzeit eine solche Masse Arbeiten übertragen worden, welche nothwendig erledigt werden müßten, namentlich Bauarbeiten, die keinen Aufschub leiden, daß es ihm bis jetzt nicht möglich geworden sei, diese Arbeit fertig zu bringen. Er stellte seiner Zeit in Aussicht, daß er bis Ende 1874 Zeit gefunden haben werde, um die Sache zu erledigen. Er glaube nicht, daß man einem einzelnen Herrn Vorwürfe machen könne, daß er, wenn er von anderer Seite dringende, rasch zu erledigende Sachen bekommen habe, zu dieser, welche nicht gerade wie Feuer auf dem Nagel brenne, noch keine Zeit habe finden können.

Herr Papendieck: Gerade weil er Mitglied der Subdeputation sei und weil er wisse, wie langsam gearbeitet werde, weil er der Commission und den Deputationen angehört und jedesmal versucht habe, die Sache vorwärts zu bringen, deshalb stelle er den Antrag, daß die Bürgerschaft jetzt diesen Versuch mache.

Wenn der betreffende Herr Senator zu viel zu thun habe, so sollte ein anderer dazu committirt werden. Wenn Senat und Bürgerschaft darüber einig, daß eine Reorganisation des Armenwesens nothwendig sei, dann sollten auch die erforderlichen Kräfte vorhanden sein, um die Sache zum Schluß zu bringen. Das geschehe nicht, wenn eine Subdeputation resp. der Vorsitz der selben sie in seinem Pulke resp. in seinem Kopfe vergrabe. Er empfehle seinen Antrag zur Annahme.

Der Antrag des Herrn Papendieck wurde angenommen und die Prolongation des Armeninstituts mit einem Dank an die Diaconen genehmigt.

3. Anlage des neuen Corfbassins.

Herr Lahmann: Er habe dem Bericht nichts Wesentliches hinzuzufügen. Wie die Herren ersehen haben werden, wurde der Kostenschlag für diese Anlage im Sommer 1872 vom Oberbaurath Berg aufgestellt und die Ausführung in einer Zeit begonnen, wo alles billig war. Im Frühjahr des folgenden Jahres waren indeß die Preise der Materialien wie der Arbeit um 20 pCt. theurer geworden und es liege auf der Hand, daß trotz aller Ersparungen und vortheilhaften Einrichtungen es nicht möglich war, mit der Bewilligung auszukommen. Er bitte den Antrag der Deputation anzunehmen.

Der Antrag der Deputation wurde genehmigt.

Nr. IV. der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 6. November 1874

Budget für 1875 nebst Anlagen und Berichten
und

Mittheilungen des Senats vom 7. u. 9. November, vom 9. u. 19. Oct. und v. 23. u. 29. Dec. 1874

denselben Gegenstand betreffend.

Herr Präsident bemerkte vorab, daß, wie früher, Anträge zu einzelnen Posten bei denselben zur Discussion gebracht werden und daß, nachdem ein Posten bewilligt, Anträge in Bezug darauf, nicht mehr zulässig seien, wenn nicht ein ausdrücklicher Vorbehalt geschehen sei.

Herr Präsident verlas dann die auf das Budget im Allgemeinen bezüglichen Bemerkungen des Senats. Es liege ferner der Bericht der Budgetcommission vor, welche der Bürgerschaft einen auf das ganze Budget sich beziehenden Beschluß vorschlage. Er habe noch anzuzeigen, daß wie den Herren bekannt, Herr Bürgermeister Gildemeister designirt war, als Commissar an den Budgetverhandlungen der Bürgerschaft Theil zu nehmen. Herr Bürgermeister Gildemeister sei, wie ebenfalls bekannt, gegenwärtig als Vertreter Bremens in Berlin anwesend. Derselbe habe ihm von dort aus geschrieben, daß er an den Berathungen der Budgetcommission Theil genommen, mit ihr sich verständigt habe und heute hier nicht erscheinen werde.

stattet, werden weitere Erläuterungen über den Bericht der Finanzdeputation überflüssig sein. Er könne nur bestätigen, daß es durchaus nothwendig und wünschenswerth sei, das Deficit im Budget für 1875 zu beseitigen. Im Budget sowohl wie in den Specialbudgets seien leider einige Druckfehler vorgekommen, welche er der Budgetcommission mitgetheilt habe. Dieselbe habe sie in ihrem Bericht mit aufgenommen. Die Finanzdeputation habe diesmal als dritte Rubrik bei den einzelnen Posten nicht wieder den Anschlag des letzten Jahres angeführt, wie das früher geschehen sei, statt dessen sei die Summe der Ausgaben resp. der Erträge der letzten 12 Monate, vom 1. October bis 1. October, aufgenommen. Das scheine einen besseren Anhalt für den Vergleich zu bieten als der Anschlag des vorletzten Jahres. Sodann sei vielfach davon die Rede gewesen, daß die Uebersichtlichkeit des Budgets dadurch verliere, daß nicht die Ausgaben einer Verwaltung in ihrem Specialbudget sämmtlich zusammenstehen, vielmehr ein Theil sich im Gehaltsbudget, ein anderer Theil in Bureaukosten, ein dritter Theil im eigentlichen Specialbudget der Verwaltung finde. Um eine bessere Uebersicht zu schaffen, schlage die Finanzdeputation vor, in Zukunft diese verschiedenen Ausgaben, soweit sie eine und dieselbe Verwaltung betreffen, sämmtlich in ein Specialbudget zusammenzuziehen. Die Bürgerschaft werde dies gewiß billigen. Nach dem Antrage der Budgetcommission solle übrigens der Gehaltsetat, welcher sämmtliche Gehalte aufführe, außerdem noch bestehen bleiben. In diesem Jahre sei es übrigens mit den Gehältern der Beamten der Gasanstalt schon so gehalten worden.

Herr K o z e n b e r g: Er erlaube sich zur weiteren Aufklärung über den Commissionsbericht ein paar Bemerkungen. Wenn es im Eingang des Berichts der Budgetcommission heiße, daß sie die Berichtigungen, welche der Senat gegeben, übergehe, so liege darin die stillschweigende Anerkennung, daß dieselben richtig seien. In der That seien es auch keine andere als solche, welche die Budgetcommission vorher selbst gefunden habe. Der Senat gehe insofern weiter, als er der Bürgerschaft Einiges mittheile, was sie nicht wissen konnte, nämlich wie hoch der Betrag der Matricularbeiträge und der Antheil Bremens an dem Reichspapiergelde jetzt wirklich sein werde. Die übrigen vom Senat nicht berührten Berichtigungen finden sich in dem Bericht der Budgetcommission aufgezählt. Vielleicht werde man einige derselben kleinlich finden. Dieselben hätten wegbleiben können, wenn man nur die Grenze wüßte. Denn andere seien in der That von Bedeutung. Die Commission habe darum alle aufgenommen. Dieselbe habe es sodann für zweckmäßig erachtet, die Bürgerschaft darauf aufmerksam zu machen, daß die Finanzdeputation in einzelnen Positionen des Generalbudgets andere Anschläge aufgenommen habe, als im Specialbudget; meist seien es nur Abrundungen. In einigen Fällen seien die Unterschiede etwas größer, die Finanzdeputation habe dann aber die Motive angeführt. Die Commission müsse es der Bürgerschaft überlassen, ob sie wie die Commission dieselben als hinreichend anerkenne. Sie füge noch eine vom Senat angegebene Bemerkung bezüglich der Verschiedenheit der Anschläge zwischen dem General- und den Specialbudgets hinzu, daß nämlich das Krahngehd, welches die Finanzdeputation heruntergesetzt habe, noch viel geringer

sein werde. Nach einer der Commission auf Grund der bisherigen Verpachtungen gemachten Aufgabe werde man nicht 18,000, sondern nur 8100 *Mk* dafür anzuschlagen haben. Sodann sei die Bemerkung gemacht, daß so wünschenswerth auch ein Ertrag von 500,000 *Mk*, wie er aus der Uelken-Langwedeler Bahn veranschlagt, doch schwerlich mehr als 400,000 *Mk* zu erwarten sein werden. Diese beiden Punkte seien insofern von Wichtigkeit, als sie in Aussicht stellen, daß das herausgerechnete Deficit wahrscheinlich größer sein werde, wenn nicht Verhältnisse eintreten, welche es auf andere Weise herabmindern. Sodann stelle die Commission verschiedene Anträge, welche bei den betreffenden Positionen zu motiviren sein werden. Zu den beiden letzten Anträgen und zur Bemerkung der Finanzdeputation erlaube er sich ein paar Worte. Herr Frihe habe schon darauf hingewiesen, daß es die Absicht der Finanzdeputation sei, das Budget künftig nach den Zwecken aufzustellen. Das sei gewiß sehr zweckmäßig, weil dann zu übersehen sei, was jeder einzelne Verwaltungszweig dem Staat wirklich koste, da dann auch die Gehalte der betreffenden Beamten mit eingeordnet werden müssen. Da aber die Finanzdeputation nicht sage, daß sie auch den ganzen Etat der Beamten aufstellen wolle, so bemerke die Commission dabei, die Bürgerschaft würde jedoch den gewöhnlichen allgemeinen Etat der Gehalte und Pensionen ungern entbehren. Die Commission glaube, daß diese Erklärung den Wünschen der Bürgerschaft entspreche. Die Commission habe sodann noch in Betreff der Mittheilung des Senats vom 29. December 1874 einen Antrag gestellt. Wie die Herren bemerkt haben werden, setze der Senat verschiedene Anschläge der Finanzdeputation auf ein bestimmtes Maß herab. Allerdings könne nur die Bürgerschaft sagen: Wir wünschen, daß der und der Posten höher veranschlagt wird. Allein wenn der Senat bei seiner Ansicht beharre, so sei dies ebenso, als wenn die Bürgerschaft eine gewisse Ausgabe nicht bewillige. Es sei dann nichts zu machen. Im Ganzen scheine das Verfahren des Senats höchst zweckmäßig und vielleicht auch das einzige Mittel zu dem Zweck, das in Aussicht gestellte Deficit zu beseitigen. Wenn nun die Commission auch alle sonstigen Anträge des Senats für zweckmäßig halte, so könne sie doch nicht empfehlen, jetzt schon die Bewilligung von 3 pCt. Einkommensteuer zu genehmigen, vielmehr glaube sie, daß die Ende Februar oder Anfang März zu erwartende Abrechnung des Jahres 1874 einen größeren Ueberschuß, als bisher erwartet worden, ergeben dürfte. Nach einer in der Budgetcommission mitgetheilten allgemeinen Uebersicht glaubte man annehmen zu können, daß ein Ueberschuß von ca. 250,000 *Mk* sich ergeben werde, einige Herren glaubten, daß derselbe noch größer ausfallen werde. Die Abrechnung sei noch nicht so weit, daß sich Bestimmtes in dieser Beziehung sagen ließe. Darum sei es zweckmäßiger, die Beschlussfassung über die Quote noch auszusparen. Sollte sich nach den Ueberschüssen ergeben, daß mit 2 oder 2½ pCt. auszukommen wäre, so würde das gewiß jeden Steuerpflichtigen höchst willkommen sein. Es wäre gewiß nicht gut, wenn man mehr erheben wollte, als wirklich erforderlich. Auf einen Punct in der Mittheilung des Senats vom 29. December 1874 mache er aufmerksam, wobei er zugleich den Schreibfehler im Commissionsbericht,

19ten statt 29. December berichtige. Der Senat theile mit, wie hoch die Matricularbeiträge sein werden und sage dann, es würden 86,074 *Mz.* dabei erspart werden. In Beziehung hierauf sei eine unrichtige Berechnung erfolgt. Im Specialbudget seien sie auf 241,860 *Mz.* veranschlagt und jetzt heiße es nur 193,786 *Mz.* Die Differenz zwischen diesen beiden Zahlen sei nur 48,074 *Mz.* Der Irrthum sei dadurch entstanden, daß, nachdem die Summe von 241,860 *Mz.* eingestellt war, nachher die Summe von 279,860 *Mz.* gefordert wurde. Wenn davon die jetzt geforderten 193,786 *Mz.* abgesetzt werden, so komme die Summe von 86,074 *Mz.* heraus. Der Antrag der Budgetcommission sei so gehalten, daß er sowohl auf das Budget selbst, als auf die Erklärung des Senats über dasselbe sich beziehe und daß weitere Anträge, welche sich auf einzelne Positionen beziehen, darin aufgenommen werden können. Der Schlußsatz des Antrags nehme ausdrücklich Bezug auf die anzufügenden Beschlüsse zu den einzelnen Positionen. Es werde denn auch wohl am zweckmäßigsten erst am Schluß der Budgetberathung über den allgemeinen Theil des Antrags der Budgetcommission Beschuß zu fassen sein.

Herr Präsident bestätigte, daß der Antrag der Budgetcommission, sowie die Anträge des Senats und der Finanzdeputation, soweit sie allgemeinen Inhalts, erst am Schluß der Budgetberathung zur Abstimmung zu bringen sein werden.

Herr J. Frize: Bezüglich des von Herrn Kosenberg Gesagten, scheine ein kleines Versehen vorgefallen zu sein. Die Ziffer, welche der Senat als bei den Matricularbeiträgen zu ersparen angebe, 86,000 *Mz.*, sei richtig, und was Herr Kosenberg mittheile, beruhe auf einem Druckfehler, den Redner der Budgetcommission angegeben habe und der vielleicht Herrn Kosenberg entgangen sei. Im Specialbudget Nr. 40 stehe das Aversum mit 958,140 *Mz.*, die Matricularbeiträge mit 241,860 *Mz.* und als Summe 1,238,000 *Mz.* Die erste Ziffer und die Summe seien richtig und der Posten für die Matricularbeiträge sei verdruckt. Es müsse 279,860 *Mz.* heißen. Darnach sei das vom Senat Gesagte richtig.

Es wurde nun zur Berathung der einzelnen Positionen des Budgets übergegangen, wobei jedesmal der Anschlag für 1875 und der Anschlag für 1874 verlesen wurden.

Außerordentliche Einnahmen.

Cap. I, Cap. II und Cap. III, Pos. 1 wurden genehmigt.

2. Baupläze in Bremerhaven.

Herr Tebelmann: Bekanntlich weise das Budget ein Deficit von 1,887,000 *Mz.* auf und es sei Aufgabe des Senats und der Bürgerschaft, zu suchen dies auszugleichen. Die Bürgerschaft habe bekanntlich beim vorigjährigen Budget beschlossen, diesen Posten von 100,000 auf 200,000 *Mz.* zu erhöhen. Die Häfendeputation habe gut operirt, denn dieser Posten habe im Jahre 1873 einen Ertrag von 227,488 *Mz.* 47 *S.* geliefert. Er gebe daher anheim, für dieses Jahr wiederum 200,000 *Mz.* auszusetzen, und stelle er einen Antrag in diesem Sinne. Derartige Ansätze seien

freilich überhaupt nur Giffungen. Wenn aber der veranschlagte Betrag nicht ganz erreicht werde, so könne das nicht schaden.

Herr Papendieck: Die Bürgerschaft könne ja nach dem Vorschlage des Vorredners verfahren, es werde ihr aber verzeifelt wenig nützen, denn diese Einnahme sei nicht 1874, sondern 1873 gewesen. Im Jahre 1874, für welches Jahr die Bürgerschaft beschloß, die Summe von 200,000 *Mz.* zu veranschlagen, sei es der Deputation nicht gelungen, auch nur für 1 *Mz.* Grund zu verkaufen, weil eben die Coniunctur nicht darnach war. In diesem Jahre seien Personen, welche der in Betracht kommenden Verhältnisse kundig, darüber im Zweifel, ob es überhaupt möglich sein werde, die Summe von 100,000 *Mz.* für diesen Posten einzunehmen. Nebenbei gesagt, sei es keine gesunde Politik, ein vorübergehendes Deficit dadurch zu decken, daß man Grund und Boden des Staates verkaufe, um den Ertrag im laufenden Haushalt zu verbrauchen. Eigentlich könnte ein solcher Ertrag nur zur Schuldentilgung verwendet werden. Er bitte daher, es bei 100,000 *Mz.* zu belassen. Es wäre nur eine Illusion, wenn man glaubte, daß sich das Deficit durch eine solche Erhöhung dieses Ansatzes verringern werde.

Herr Kosenberg: Diese Sache sei in der Budgetcommission besprochen, und es sei von wohlunterrichteter Seite angeführt, daß vielleicht nicht mehr als etwa 40,000 *Mz.* unter dieser Rubrik eingehen werden. Es werde also eine Erhöhung dieses Postens nichts nützen.

Herr Tebelmann: Nach den gegebenen Erläuterungen ziehe er seinen Antrag zurück.

Cap. III, Pos. 2 und Cap. IV, Pos. 1 und 2 wurden genehmigt.

Pos. 3:

Beiträge für Straßenanlagen.

Herr Bruns: Bei diesem Posten sehe er sich veranlaßt, öffentlich eine Beschwerde auszusprechen, die er täglich von Bauunternehmern, welche Straßen anzulegen beabsichtigen, höre; nämlich dahingehend, daß sie monatlang, und einzelne fast ein Jahr, auf Bescheid Seitens der Behörde über ihre Anträge warten müssen. Eine halbe Stunde vor der Sitzung sei ihm noch ein solcher Fall mitgetheilt, wo der Antrag schon $\frac{3}{4}$ Jahr schwebte, und kein Schluß zu finden sei. Er möchte den Wunsch äußern, daß in solchen Angelegenheiten Seitens der zuständigen Behörde ein schnellerer Gang befolgt werde.

Herr Bade: Bei Straßenbauanträgen gehe das seinen gesetzmäßigen Weg. Wenn ein Unternehmer seine Anträge gestellt habe, so werde, sobald die Caution hinterlegt, die Erlaubniß erteilt, sofern keine besonderen Hindernisse obwalten.

Herr Helmken: Er mache darauf aufmerksam, daß Herr Bruns nicht von der Herstellung der Straße Seitens der Baudeputation, sondern von der Ertheilung der Erlaubniß zur Anlage der Straße Seitens der Baupolizeibehörde spreche.

Pos. 3 und Pos. 4 bis 7 und Cap. IV, ferner Cap. V, Pos. 1, wurden genehmigt.

Pos. 2:

Erweiterung der Wasserkunst.

Herr Rosenber^g: Die Herren werden sich erinnern, daß der Senat in der Mittheilung vom 29. October 1874 in Bezug auf die künftige Absonderung der Gasanstalt, des Weinkellers und der Wasserkunst vom gewöhnlichen Haushalt besondere Vorschläge machte. Darunter befände sich auch der Vorschlag, daß für die Erweiterung der Gasanstalt die Summe von 301,000 *Mk.* und für das Lager des Weinkellers 100,000 *Mk.* angesetzt werden. Er bemerke dies, damit, wenn die Bürgerschaft zustimme, diese Posten dann eingestellt werden müssen. Die Budgetcommission sei mit dem Vorschlag des Senats einverstanden und hatte schon einen Antrag vorbereitet, wonach die Bürgerschaft aussprechen solle, daß alle diese vom Staat betriebenen Anstalten einer besonderen kaufmännischen Buchführung unterworfen werden, so daß nur die Resultate durch das Budget laufen. Diesem Antrag kam die Mittheilung des Senats entgegen. Die Budgetcommission sei vollständig damit einverstanden, daß dem Vorschlage des Senats gemäß verfahren werde.

Pos. 2 wurde genehmigt.

Cap. VI, Pos. 1: Bau der Seefahrtschule.

Herr Papendie^k: Er richte die Anfrage an die Mitglieder der Commission der Bürgerschaft, wie weit dieselbe mit ihrem Bericht sei? Er höre allseitig die größten Klagen über die jetzigen Lokalitäten, auch von Berlin aus sollen dieselben fortwährend bemängelt werden. Die Seefahrtschule solle, wenn nicht die Lokalfrage gelöst, nicht verbessert werden können. Bekanntlich habe die Bürgerschaft zwar den Bau beschlossen, aber das damals vorgelegte Project nicht genehmigt.

Herr F. Tecklenborg: Als Vorsitzender der Commission erwiedere er hierauf das Folgende: Als die Commission ernannt wurde, — Mitte Mai vorigen Jahres, — habe er zwei Tage nach diesem Beschlusse, an einem Freitag, die Einladung erlassen, am folgenden Montag fand die erste Sitzung statt. Die Commission habe seitdem regelmäßig Versammlungen gehalten, dieselben wurden nur während der Zeit der Gerichtsferien ausgesetzt. Als die Berathung so weit gediehen war, daß ein Programm aufgestellt werden konnte, wandte sich die Commission an die Baudeputation, um einige Aufklärungen zu erhalten, darauf habe die Baudeputation die Antwort gegeben: die Baudeputation könne keinen Techniker abtreten, wenn nicht zugleich zwei Herren von der Deputation denselben begleiteten. Dies sei der Commission sehr auffällig gewesen, und habe sie ihrerseits gefunden, daß für die beiden Herren aus der Deputation in ihrem Kreise kein Bedarf war. So habe sie hierauf verzichtet und ihre Berathung fortgesetzt. Um Mitte September waren die Berathungen der Commission so weit zum Abschluß gekommen, daß ein endgültiges Programm aufgestellt werden konnte. Die Commission habe sich nun wiederum an die Baudeputation mit der Bitte gewandt,

ihnen einen Techniker zur Verfügung zu stellen, um mit ihm das Programm zu berathen und möglicherweise eine Zeichnung darnach zu entwerfen. Die Baudeputation antwortete auch prompt den folgenden Tag: sie habe keinen Techniker zur Unterstützung der Commission. Die Commission konnte sich den Grund für dieses Verfahren nicht erklären, sie habe geglaubt, daß eine Geschäftsüberhäufung vorliege. Sie habe eine Zeit lang gewartet, aber sich überzeugen müssen, daß damit nichts gewonnen wurde. Deshalb habe die Commission einen Privattechniker engagirt, der jetzt damit beschäftigt sei, daß von der Commission aufgestellte Programm ordnungsmäßig zu Papier zu bringen. Die Commission hoffe demnach, der Bürgerschaft bald ihren Bericht vorlegen zu können.

Herr Ordemann wies darauf hin, daß bei Gelegenheit des Ausgabebudgets auf diese Angelegenheit noch wieder eingegangen werden könne.

Pos. 1 wurde genehmigt.

Pos. 2:

Kriegerdenkmal.

Herr Pavenstedt wünschte Auskunft, wann die Aufstellung des Kriegerdenkmals zu erwarten sei.

Herr Weyland: Genauere Auskunft könne er hierüber nicht geben. Man erwarte, daß bis zum Herbst das Denkmal fertig sein werde.

Pos. 2 und 3 wurden genehmigt.

Ordentliche Einnahmen.

Cap. I, Pos. 1, genehmigt.

Bei dem Posten 2,

„Pacht für Fahren“

beantragte

Herr Stichnath: den Wunsch auszusprechen, daß künftig sämtliche Fahren öffentlich verpachtet würden. Daß die Pacht jetzt so gering, habe seinen Grund darin, daß keine öffentliche Verpachtung stattfindet. Er glaube, daß die Fahren am Osterdeich, welche namentlich Sonntags viel benutzt werde, bei einer öffentlichen Verpachtung allein 300 *Mk.* einbringen würde.

Herr Helmken: Es scheine Herrn Stichnath nicht bekannt zu sein, daß gerade die Fahren am Osterdeich öffentlich ausgedoten wurde, daß sich aber kein Reflectant meldete und daher die Deputation, — er habe diese Branche zu verwalten, — mit dem bisherigen Pächter Frese sich wieder in Einvernehmen setzen mußte. Es war Niemand da, der das oder mehr geben wollte, was Frese bisher gegeben hatte. Was die Fahren beim Windwams und der Badeanstalt betreffe, so seien diese sehr untergeordneter Natur; die Leute bezahlten nur eine Pacht, damit dieselbe durch die Bücher der Generalcasse laufe und man nicht vergesse, daß dort noch Fahren existiren.

Herr C. A. Bade: Herr Stichnath scheine die Fähre am Altenwall im Auge zu haben. Diese sei etablirt auf Wunsch verschiedener Anwohner. Es fand sich kein Pächter dafür und sei dem Unternehmer schließlich noch eine gewisse Summe garantirt, wenn er die Fähre nur übernehmen wollte.

Herr J. C. Asendorpf: Er sei nicht derjenige, welcher das, was die öffentlichen Blätter schreiben, zuerst glaube. Allein der „Courier“ habe so oft über die Fähre von der Schlachte nach der Neustadt geschrieben, daß es denn doch wohl wahr sein müsse. Es gebe wohl Niemand in Bremen, außer dem Unternehmer der Dampffähre, welcher einen Unterschied zwischen den Pfennigen mache. Dieser aber wolle keine preussische Pfennige, sondern verlange sächsische. Sollte es kein Mittel geben, um dem Manne so viel Vernunft beizubringen, daß er alle Pfennige annehme? Die Deputation dürfe das nicht ruhig fortgehen lassen, es sei eine Abnormität und auf Prellerei abgesehen. Wer keine sächsische Pfennige habe, müsse einen Groschen bezahlen.

Herr Präsident: Den Ausdruck „Prellerei“, gegen einen Abwesenden gebraucht, müsse er entschieden zurückweisen.

Herr Stichnath: Er glaube, in den letzten Jahren sei die Fähre am Osterdeich nicht verpachtet worden. Dieselbe sei seit der Zeit so in Aufnahme gekommen, daß jetzt mehr Reflectanten auftreten würden. Eine öffentliche Verpachtung werde nicht viel Arbeit verursachen.

Herr Ordemann unterstützte den Antrag des Herrn Stichnath. Er hoffe, daß noch einmal eine Brücke beim Osterdeich gebaut werde, allein darüber werde wohl noch eine zeitlang vergehen. Was die Bemerkung des Herrn Asendorpf betreffe, daß er nicht an die Unsehlbarkeit der öffentlichen Nachrichten glaube, so möchte Redner darauf hinweisen, daß, wie früher von der Deputation den Fährpächtern sehr strenge Vorschriften gemacht wurden, jetzt wohl zu viel Freiheiten eingeräumt würden. Das Beste sei, die Brücke so bald wie möglich zu vollenden. Die Deputation scheine auch der Ansicht zu sein, daß es sich nicht der Mühe verlohne, jetzt noch einzugreifen, sonst hätte sie wohl nicht dem Fährpächter seinen Willen gelassen.

Es wurde Schluß beantragt, auf Wunsch des Herrn Helmken jedoch zurückgezogen.

Herr Helmken: Zu seinem Bedauern müsse er Herrn Stichnath wieder entgegentreten. Die Fähre am Osterdeich werde nicht auf ein Jahr verpachtet, sondern auf drei. Ob die Pachtzeit in diesem Jahre abgelaufen, wisse er nicht. Was das Monitum des Herrn Asendorpf betreffe, so handele der Fährpächter an der Schlachte ganz gesetzmäßig, er brauche nur diejenigen Münzen zu nehmen, welche in Bremen gesetzliche Gültigkeit haben.

Es wurde Schluß beantragt und beliebt.

Herr Asendorpf zu einer factischen Berichtigung: Herr Helmken scheine übersehen zu haben, daß seit Neujahr die preussischen Pfennige den anderen gleichgestellt seien, dennoch aber nehme der Unternehmer der Dampffähre sie auch von Neujahr an nicht.

Der Antrag des Herrn Stichnath wurde abgelehnt.

Zu Pos. 3:

Miethe für öffentliche Gebäude

bemerkte

Herr Tebelmann: daß es wünschenswerth sei, daß künftig ein Verzeichniß sämmtlicher öffentlicher Gebäude mit Angabe des Miethertrages dem Budget beigelegt werde. Er beantrage dieses. Alsdann habe die Bürgerschaft Gelegenheit zu beurtheilen, ob die öffentlichen Gebäude in der Weise ausgenutzt werden, wie es geschehen sollte.

Herr Helmken bemerkte, daß ein solches Verzeichniß im vorigen Jahre bei der Abrechnung des Staatshaushalts gegeben worden sei und es auch in diesem Jahre erfolgen werde.

Herr Koggenberg constatirte, daß die Deputation am 8. Februar vorigen Jahres ein Verzeichniß der öffentlichen Gebäude unter Angabe des Miethertrages eingereicht habe, wie es von der Bürgerschaft gewünscht worden sei.

Herr Dr. Adami bestätigte auch die Einreichung eines solchen Verzeichnisses, wodurch einer der Anträge einer früheren Commission wegen der öffentlichen Grundstücke erledigt worden sei.

Herr Tebelmann: Es sei ihm wohl bekannt, daß dies Verzeichniß im Februar vorigen Jahres mitgetheilt sei. Man könnten aber wieder vielleicht 10 Jahre vergehen, bis ein neues Verzeichniß komme.

Von verschiedenen Seiten wurde bemerkt, daß dem gefaßten Beschlusse zufolge jährlich ein solches Verzeichniß gegeben werden müsse.

Herr Stichnath machte darauf aufmerksam, daß verschiedene öffentliche Gebäude sehr billig vermietet seien, namentlich das Haus am Stephanithor, welches früher von dem Polizeicommissär Grotewold benutzt wurde, jetzt von dessen Wittve bewohnt werde, der es viel zu billig vermietet sei, wogegen das Haus beim Bischofsthor eine sehr hohe Miethe einbringe. Man sollte nicht einzelne Personen bevorzugen.

Herr Dr. Adami: Zu seinem Bedauern sei der Vorwurf des Herrn Stichnath nicht unbegründet, und er möchte auch den Wunsch aussprechen, die öffentlichen Grundstücke nicht unter der Hand zu vermieten, schon aus dem Grunde, daß der Schein vermieden werde, als ob nicht überall das öffentliche Interesse maßgebend sei.

Herr Helmken: In Betreff der ehemaligen Stephanithorswache möchte er darauf hinweisen, daß nach der frühern Bestimmung dort ein Polizeicommissär wohnen mußte, welcher als Miethe 10 pCt. seines Gehalts zahlte. Nachdem dieser gestorben, habe die Wittve bei der Verwaltungsdeputation nachgesucht, wohnen bleiben zu dürfen. Da der verstorbene Mann vielen Aufwand für das Haus gemacht, so habe man einen neuen Vertrag mit ihr abgeschlossen, wonach der Staat wenigstens doppelt so viel Miethe bekomme, wie früher, und

dieser Vertrag sei auf unbestimmte Zeit festgestellt. Ihm sei es Uebrigens recht, wenn prinzipiell jede Prolongation unter der Hand ausgeschlossen und alles öffentlich verpachtet werden solle. Den Vorwurf müsse er jedoch zurückweisen, als ob die Deputation sich nicht alle Mühe gebe, die Staatsgrundstücke so hoch wie möglich zu verwerthen. Er könnte durch Zahlen nachweisen, wie bedeutend die Erträge in den letzten Jahren gestiegen seien. Man habe die neue Währung dazu benutzt, um eine gehörige Abrundung nach oben hin vorzunehmen.

Herr Joh. Höpfen: Er meine, daß bei den öffentlichen Verpachtungen doch Ausnahmen gemacht werden sollten, so u. A. mit dem Sperrhaus beim Bischofsthor. Wenn dieses mitten in den Wallanlagen liegende Haus nicht ganz proper gehalten werde, so sei es ein Schimpf für die ganzen Wallanlagen. Es müsse daher dafür gesorgt werden, daß der Pächter ein Mann sei, von dem man das erwarten könne. Daher würde sich dieses Haus nicht zu einer öffentlichen Verpachtung eignen, und eben so wenig das Gebäude beim Stephanithor.

Zu Pos. 7,

Verwaltung der öffentlichen Grundstücke, stellte die Budgetcommission folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft empfiehlt der verwaltenden Deputation, bei der demnächstigen Erneuerung des Pachtvertrages Bedacht zu nehmen, daß der im Specialbudget Nr. 6 unter 4 eingestellte Posten „Von den Pächtern der Braunschweiger Lotterie“ den Verhältnissen entsprechend erhöht werde.“

Herr Kosenberg: Ursprünglich wurde von dem Pächter der Lotterie 6000 $\text{R}.$ Gold bezahlt, und die Pacht wurde später auf 7000 $\text{R}.$, oder wie im Budget stehe, auf 23,914 $\text{M}.$ erhöht. Das sei jedoch schon eine Reihe von Jahren her, und die Einwohnerzahl habe sich seitdem bedeutend vergrößert. Es sei daher wahrscheinlich, daß jetzt die Looße in größerer Zahl umgesetzt würden, als früher. Man könne also wohl versuchen, etwas mehr Pacht herauszuschlagen.

Herr Helmken empfahl den Antrag der Budgetcommission zur Annahme. Es werde gut sein, wenn die Bürgerschaft einen derartigen Beschluß fasse; die Deputation habe dann einen besseren Rückhalt, um eine höhere Pacht verlangen zu können.

Der Antrag der Budgetcommission wurde angenommen.

Zu Pos. 10,

Pacht für die Stadtwage

wünschte

Herr Ordemann, daß die Stadtwage in Zukunft öffentlich verpachtet werde. Er wisse sich die Zeit nicht zu erinnern, wo eine Verpachtung der Waage stattgefunden hätte.

Herr Wulstein: Er wundere sich, daß es Herrn Ordemann nicht bekannt, daß die Stadtwage regelmäßig alle paar Jahre verpachtet werde. Bei der letzten Verpachtung seien von einem Reflektanten noch 50 oder 55 $\text{M}.$

mehr geboten worden. Die Deputation habe sich bekanntlich immer vorbehalten, den Zuschlag zu ertheilen, so auch hier.

Herr Helmken: Er wisse nicht, ob das letzte Mal die Waage öffentlich verpachtet sei. Es wurde jedoch, als die Pachtzeit abgelaufen, von der betreffenden Behörde dringend ersucht, man möge sich mit dem jetzigen Pächter wieder einigen, indem dieser sich seit einer Reihe von Jahren als geeignet erwiesen habe. Er habe deshalb mit dem Mann aufs Neue verhandelt und zu der im Budget vermerkten Summe mit ihm abgeschlossen.

Herr C. Bitter: Was den Antrag des Herrn Ordemann betreffe, so sei er im Anfang des vorigen Jahres auch für eine öffentliche Verpachtung der Stadtwage gewesen, jetzt, nachdem die Verschönerung mit der Waage vorgenommen, sei er es nicht mehr. Man würde vielleicht keinen Pächter finden. Die Ueberdachung der Brückenwaage sei abgebrochen, und es laufe Wasser in die Waage, so daß dem Steuerelector angezeigt, es sei nicht dafür einzustehen, daß die Waage noch richtig sei.

Es wurde auf Antrag Schluß der Discussion beliebt.

Zu Pos. 12,

Häfen in der Stadt,

stellte die Budgetcommission folgenden Antrag:

„Die Bürgerschaft wünscht, daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen darüber berathe und berichte, ob nicht aus den zur Lagerung von Hölzern eingeräumten Wasserflächen ein höherer Ertrag zu erzielen sei.“

Herr Drünert: Der Wunsch sei gewiß berechtigt, aber bei unseren jetzigen Anstalten nicht ausführbar, da kein ordentlicher Platz zur Lagerung von Hölzern vorhanden sei.

Herr Papendiek: Die kleine Weser sei immer zum Lagern von Holz benutzt worden. Man habe in der Budgetcommission gedacht, daß die Lagerung wenigstens mit einem mäßigen Sage vergütet werden sollte.

Herr Drünert: Bei Herstellung eines neuen Holzhafens werde Vorsorge getroffen werden müssen, daß das im Hafen lagernde Holz stets ans Land gebracht werden könne. Jetzt liege das Holz manchmal ein halbes Jahr lang im Hafen gefangen, es könne nicht aus noch ein.

Herr Th. Garbade erklärte sich für den Antrag der Budgetcommission.

Herr Kosenberg empfahl den Antrag der Budgetcommission. Herr Drünert möge Recht haben, die Deputation könnte aber wenigstens darüber berichten.

Der Antrag der Budgetcommission wurde angenommen.

Pos. 13 bis 18 wurden genehmigt.

Pos. 19

Bürgerweide.

Herr Dr. Adami: Da kürzlich ein Theil der Weide, nördlich vom Cöln-Mündener Bahndamm, öffentlich verpachtet

worden, so werde dieser Einnahmeposten sich noch vermehren. Die Summe könne er nicht angeben, da er zwar Mitglied, aber nicht Rechnungsführer der Deputation sei.

Herr Papendieck: Es seien 5000 *Mk* mehr.

Pos. 19 und 20 wurden genehmigt.

Pos. 21.

Bremerhaven.

Herr Woltjen: Im Specialbudget Nr. 15 sei unter Nr. 5 als Miethen für Lagerplätze und Werfte die Summe von 28000 *Mk* veranschlagt. Dieser Betrag scheine sehr gering, da die Zahl der Lagerplätze sehr groß sei, von denen verschiedene am Kai und an beiden Häfen liegen. Dabei seien die jährlichen Verpachtungen bedeutend, bis zum doppelten Betrage, höher als diejenigen auf kürzere Zeit. Das halte er für verkehrt. (Redner verlas die bezügliche Stelle der Verordnung vom 23. Februar 1873.) Er habe einen Antrag in diesem Sinne vorbereitet, halte denselben jedoch zurück, da er erfahren habe, daß der Vorsitz der Häfendeputation über diese Angelegenheit sich erkundigen wolle.

Herr Tecklenborg bestätigte dies. Es sei in dieser Angelegenheit Bericht von Bremerhaven verlangt. Die Deputation könne Herrn Woltjen nur dankbar sein, daß er dies angeregt habe, denn wenn eine solche Einrichtung durchzuführen sei, so werde sie geschaffen werden.

Herr Helmken: Wenn die Jahresmiethe dieser Plätze in Verhältniß höher sei, als die Monatsmiethe, so finde er das ganz in der Ordnung. Die Lagerplätze an den Kais seien nicht zu einer permanenten Benutzung dieser Art bestimmt, sondern für Schiffe, die, wenn die Weser durch Eis geschlossen, ihre Güter löschen müssen. Bei dieser Gelegenheit wolle er erwähnen, daß die Lagermiethe in Bremerhaven höher sei als in Geestemünde. Er habe kürzlich 1000 Tons Holz bekommen und gefunden, daß dieselben in Geestemünde billiger zu lagern waren als in Bremerhaven. In Folge dessen dirigire er seine Ladungen im Winter nach Geestemünde. Die Miethepreise für Lagerplätze scheinen sonach in Bremerhaven eher zu hoch als zu niedrig.

Herr Woltjen: Es handele sich nicht um Plätze, an denen Schiffe löschen und laden können, sondern solche, die hinterzu liegen und die überhaupt vermietet werden. Daß man die Schifffahrt nicht stören dürfe, wisse er auch.

Pos. 21 und 22 wurden genehmigt.

Pos. 23.

Gasanstalt.

Herr Papendieck: Er wisse nicht, ob der Berichterstatter der Budgetcommission das Wort nehmen wolle, sonst möchte er den Antrag des Senats zu diesem Posten unterstützen. Es handele sich nach diesem Antrage darum, die Einnahme aus der Gasanstalt stabiler zu machen, indem man diejenigen Ausgaben, welche den Werth der Gasanstalt erhöhen nicht im laufenden Haushalt verwende, sondern als Vergrößerung der Anlage zu Buche setze und eine genügende

Abnützung, eine Amortisation, davon abschreibe und diese Letztere dem jährlichen Haushalt zur Last stelle. Man erreiche so zweierlei. Einmal werde in Jahren, wo die Anstalt in Folge der Vergrößerung der Stadt erhebliche Ausgaben für Erweiterung des Röhrennetzes, für den Neubau eines Retortenhauses und dergleichen habe, der Nettoüberschuß nicht so wie jetzt reducirt. In solchen Fällen reducire sich jetzt der Ueberschuß auf Null, während in Wirklichkeit durch solche Baulichkeiten und Anlagen der Werth der Anstalt so steige, daß eine mäßige Abschreibung den Verhältnissen entsprechen würde und der jährliche Ueberschuß nicht davon tangirt zu werden brauche. Dies bezwecke der Antrag des Senats.

Herr Präsident: Nach der Ansicht des Herrn Koenigberg würde es sich empfehlen hinsichtlich dieses und der beiden folgenden Posten einen besonderen Beschluß zu fassen.

Herr Papendieck: Er bitte um Entschuldigung. Bei der Wasserkunst komme es nicht in Frage, hier aber stehe es verfassungsmäßig fest.

Herr Arndt: Er unterstütze das von Herrn Papendieck Gesagte und beantrage, die Erklärung über die Specialbudgets Nr. 17, 18 und 19 vorläufig auszusetzen.

Die Deputation werde noch einen Bericht über die Gas- und Wasserwerke einliefern, in welchem schon über die Ausgaben Rechenschaft gegeben werde. Die Sache eile nicht.

Herr Koenigberg. Der Bericht, welchen Herr Arndt in Aussicht stelle, werde schwerlich auf die Einnahme aus diesem Posten Einfluß haben; für die Aussetzung sehe er keinen Grund.

Herr Arndt zog seinen Antrag zurück.

Pos. 23 und 24 wurden genehmigt.

Pos. 25.

Weinkeller.

Herr Bitter: Der Staat habe neulich einen Theilnehmer in sein Weingeschäft aufgenommen und bitte er nunmehr um Auskunft ob diese Handelsgesellschaft in das Handelsregister eingetragen werden müßte und unter welcher Form dies zu geschehen hätte.

Herr Brüns: Im Specialbudget Nr. 19, Weinkeller, finde er nur den Erlös aus dem Verkauf von Wein und Branntwein verzeichnet. Die Einnahme aus dem Concertgeld während des Freimarkts sei dagegen nicht aufgeführt. Dasselbe müsse bedeutend sein. Bei dieser Gelegenheit möchte er den Wunsch äußern, zu überlegen, ob es nicht gefügter sei, in Zukunft während des Freimarkts die Concertvorträge ganz wegzulassen zu lassen.

Herr Dr. Adami: Wenn es nöthig sei, werde Herr Richter Meyer wohl dem Staat einen Strafbefehl zukommen lassen, die Firma anzuzeigen. Seines Erachtens aber falle dieses Verhältniß nicht unter den Begriff einer Firma. Es sei ein Contract, wenn auch ein Geschäftsantheil, wobei

jedoch Gewinn und Verlust nicht in Frage kommen, zugesichert worden.

Herr Helmken: Er erlaube sich hierbei die Anfrage, wie weit es mit der Eröffnung der Friedhöfe sei? Als es sich um die Verlegung der Friedhöfe handelte, wurde die Schließung der bisher benutzten als dringend nothwendig dargestellt, indem die Gesundheitszustände litten und der Grundwasserstand insicirt werde. Seit vorigen Herbst seien die Friedhöfe fertig, er habe aber nichts darüber erfahren, ob die Eröffnung im Frühjahr erfolgen solle oder später.

Herr P a p e n d i e k: Die Friedhöfe seien fertig und können jeden Augenblick benutzt werden. Die Absicht der Deputation sei, dieselben im Frühjahr zu eröffnen. Theile derselben hätten schon früher benutzt werden können. Aber es habe sich herausgestellt, — ob ein geringeres Sterben oder eine größere Sparfameit mit dem Raume die Ursache, wisse er nicht, —

daß die alten Friedhöfe viel längere Zeit Raum gewährt haben, als vor zwei Jahren erwartet worden sei. Da nun der Staat bei der Beerdigung auf den alten Friedhöfen billiger fahre, als bei der Beerdigung auf den neuen, so habe derselbe kein Interesse, die Eröffnung der neuen Friedhöfe mehr als nöthig zu beeilen. Rücksichten, welche diese Eröffnung wegen der öffentlichen Gesundheitspflege räthlich erscheinen ließen, seien ihm nicht bekannt. Die Deputation habe vom Gesundheitsamt nichts darüber gehört. Nur vom kirchlichen Verwalter der jetzigen Beerdigungsanstalt wurde betont, daß der Raum nicht ausreiche. Die Absicht sei, die neuen Friedhöfe am 1. Mai oder Juni zu eröffnen. Die neue Verwaltungsdeputation, deren Rechnungsführer Herr Gildemeister, sei gegenwärtig mit der Umschreibung der Gräber beschäftigt.

Position 26 wurde genehmigt.

Die Budgetverhandlung wurde nunmehr abgebrochen und die Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

de
Sa
Hü

An
Ba
Ba
Be
Be
Br
Br